

9. September 1970: Gespräch des sowjetischen Botschafters in der BRD S. K. Carapkin mit dem CDU-Abgeordneten des Deutschen Bundestages, E. Majonica *

Geheim. Ex. Nr. 1

Ich lud Majonica zum Frühstück ein.

Im Laufe des Gesprächs kritisierte ich die von der CDU/CSU eingenommene Position zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag. Dabei verwies ich darauf, die Opposition zeige mit ihren Handlungen, dass sie das Inkrafttreten dieses Vertrags blockieren möchte. In diesem Zusammenhang verwies ich auf die Bestrebungen der Opposition, die Ratifizierung dieses Vertrages von der Erreichung einer Regelung der Westberlin-Frage abhängig zu machen, sowie auf die dabei erhobenen unrealistischen und inakzeptablen Forderungen bezüglich möglicher Wege zur Lösung der Frage Westberlin. Ich betonte, dass eine solche Position von der Absicht der CDU/CSU zeuge, sich weiterhin im unkonstruktiven außenpolitischen Muster zu bewegen, und von ihrer Weigerung, sich den in Europa bestehenden Tatsachen zu stellen. Ich äußerte meine Meinung dazu, dass dieser Kurs die CDU/CSU in internationalen Angelegenheiten, jedenfalls aber im Bereich der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, in eine völlige Isolation führen könnte.

In Beantwortung der von mir geäußerten Überlegungen merkte Majonica insbesondere an, dass, laut den der CDU/CSU vorliegenden Informationen, Scheel während der Gespräche mit Gromyko in Moskau die Einstellung der BRD zu einer möglichen Regelung der Westberlin-Frage dargestellt, und in diesem Zusammenhang vier Elemente aufgezählt habe, die, nach Meinung der Bundesregierung, unbedingt in eine entsprechende Regelung Eingang finden müssten. Diese vier Elemente lauten zusammengefasst folgendermaßen: 1) Gewährleistung des freien Zugangs nach Westberlin (Majonica äußerte seine Meinung darüber, dass für eine praktische Lösung dieser Frage auf die Vorschläge der Kennedy-Administration aus dem Jahr 1962 zurückgegriffen werden könnte); 2) Anerkennung der zunehmenden Verbindungen zwischen Westberlin und der BRD; 3) Gewährung von gleichen Möglichkeiten und Rechten für Reisen in die DDR und für Besuche in Ostberlin für Westberliner, wie sie BRD-Bürgern zustehen; 4) Ausstattung der BRD mit dem Recht, Westberlin nach außen zu vertreten, oder genauer gesagt, jene Rechte von Seiten der Sowjetunion zu bestätigen, die der BRD in diesem Zusammenhang bereits im Jahr 1952 von den Westmächten zugesprochen wurden.

Majonica betonte, dass sich die CDU/CSU mit dieser Position der Regierung völlig solidarisch zeige. Er äußerte beharrlich den Gedanken, dass die Position der CDU/CSU und die Ansichten der Bundesregierung in Fragen zu Westberlin und zum Junktum dieses Problems mit der Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags, im Grunde genommen identisch seien.

Gleichzeitig merkte Majonica an, dass die CDU/CSU unter einer befriedigenden Lösung der Westberlin-Frage die Anerkennung des gesamten Umfangs der Verbindungen zwischen der BRD und dieser Stadt, wie sie zum heutigen Zeitpunkt bestünden, einschließlich die politische Präsenz der BRD, durch die Sowjetunion verstehe. In diesem Zusammenhang äußerte Majonica die Meinung, dass die Sowjetunion als Reaktion auf die Anerkennung der bestehenden europäischen Realitäten durch BRD, was auch im sowjetisch-westdeutschen Vertrag

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 576, S. 126–129. – Die Botschaft der UdSSR in der BRD, 18. September 1970, Nr. 210. Aus dem Diensttagebuch von S. K. Carapkin. Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 31260, 24. September 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU.“ Hs.: „25-s/7. Information auf der Rückseite.“ Hs. auf S. 127 verfügt: „[Ins] Archiv, [Unterschrift unleserlich].“ – Gesprächsteilnehmer: „Von sowjetischer Seite: der erste Botschaftssekretär G. I. Elizar’ev.“ Verteiler: „5 Ex.: 1 – Abteilung des ZK der KPdSU, 2 – 3. E[uropäische] A[bteilung] beim MfAA der UdSSR, 3 – A[bteilung] für O[rganisation] von P[rotokollveranstaltungen] beim MfAA der UdSSR, 4 – Botschaft der UdSSR in der DDR, 5 – zum Akt. 16. September 1970, mp. Nr. 431.“

zum Ausdruck gekommen sei, ihrerseits die Tatsachen, die sich in Westberlin entwickelt hätten, anerkennen müsse. Mein Gesprächspartner merkte an, dass die BRD in den letzten Jahren bereits eine beträchtliche Reduzierung ihrer politischen Präsenz in dieser Stadt in Kauf genommen habe, indem sie zum Beispiel von der Durchführung von Plenarsitzungen des Bundestages abgesehen habe, und das sei eine Grenze, welche, so die Meinung der CDU/CSU, die BRD nicht überschreiten könne.

Majonica rechtfertigte die Notwendigkeit der politischen Präsenz der BRD in Westberlin, indem er beharrlich darauf verwies, dass sowohl West- als auch Ostberlin den gleichen Status hätten und deshalb eine Anerkennung der Tatsachen in Westberlin seitens der Sowjetunion die logische Antwort auf die bereits geschehene stillschweigende Anerkennung aller Formen der Präsenz der DDR in Ostberlin seitens der Westmächte wäre. Laut Majonica gehöre zu den „Tatsachen“, die von der Sowjetunion in Westberlin anerkannt werden sollen, auch die Einbeziehung dieser Stadt in die Wirkungssphäre jener Abkommen im Bereich der Wirtschaft und Kultur, die in naher Zukunft offenkundig zwischen der Sowjetunion und der BRD geschlossen werden sollen. Sollte die Sowjetunion diesen Weg einschlagen, so Majonica, würde sie nur das tun, was eine Reihe anderer sozialistischer Länder bereits längst getan haben.

Majonica merkte außerdem an, dass an die Westberlin-Frage nach der Unterzeichnung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags von einer anderen Position aus herangegangen werden müsse; man müsse berücksichtigen, welche Rolle er [der Vertrag] für die Zusammenarbeit zwischen Ost und West spielen könnte.

Ich sagte Majonica, dass seine Überlegungen zu möglichen Lösungswegen der Frage Westberlin meine am Anfang des Gesprächs geäußerte Schlussfolgerung bestätigten, nämlich, dass die CDU/CSU in dieser Frage unrealistische Positionen einnehme. Sie hätte ihre Ansichten zur Frage Westberlin in Bezug auf die „Präsenz“ der BRD in dieser Stadt im Vergleich zu den Vorstellungen, die dazu von Kiesinger als Kanzler der „großen Koalition“ vertreten wurden, praktisch verschärft. Ich gab Majonica eine detaillierte Erklärung unserer prinzipiellen Position in der Westberlin-Frage, u. a. auch in Bezug auf die Forderungen der CDU, die BRD müsse Westberlin nach außen vertreten.

Danach fragte ich Majonica, wie er die Lage innerhalb der CDU einschätze, insbesondere hinsichtlich der Einstellung der Partei gegenüber dem sowjetisch-westdeutschen Vertrag.

Majonica merkte an, dass die von der CDU-Führung am 8. September d. J. gefassten Beschlüsse praktisch die endgültige Bestätigung der Linie Barzels in Bezug auf den Vertrag zwischen der BRD und der Sowjetunion bedeuten. Majonica ist der Meinung, der Sinn dieser Linie bestehe nicht nur in der Umsetzung einer abwartenden Taktik, sondern auch in einer sehr aktiven Einflussnahme auf die Regierungspolitik, insbesondere in der Frage Westberlin, um die nationalen Interessen der BRD bestmöglich zu schützen.

Majonica betonte, dass die Rolle Barzels innerhalb der Partei in den letzten Monaten allgemein immer wichtiger geworden und er de facto der Parteichef sei. Natürlich, fügte Majonica hinzu, müsse man auch andere CDU-Funktionäre wie Schröder, Kohl oder Stoltenberg auf der Rechnung haben. Was Strauß betreffe, merkte Majonica an, so könne er sich derzeit nur auf die Unterstützung der CSU stützen, wo er nach wie vor eine fest verankerte Position einnehme. Aber auch in der CSU, so Majonica, gebe es Politiker, wie Höcherl, die nicht in allem mit der Linie von Strauß übereinstimmen, insbesondere in Fragen der „Ostpolitik“. Jedoch hätten sie, so Majonica, selten den Mut, ihre eigene Meinung zu äußern, aus Angst, Strauß könnte sie in die Schranken weisen.

Bezugnehmend auf die von der CDU-Führung beschlossene Verschiebung des Parteitages auf Februar 1971 betonte Majonica, dass die Festlegung eines neuen Datums für den Parteitag ein weiterer Erfolg der Gruppe rund um Barzel sei, welche erreichen wolle, dass man einer öffentlichen Diskussion von heiklen Fragen in Zusammenhang mit der Positionierung der CDU zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag ausweiche und erst recht keine endgültige Position der Partei in dieser Frage festschreibe. Er gab zu verstehen, dass Barzel die Idee nicht

aufgegeben habe, bereits auf dem Parteitag im Januar die Frage einer Neuwahl des Parteivor-sitzenden aufzuwerfen. Der Beschluss in dieser Frage, merkte Majonica an, werde in vielerlei Hinsicht von der Zusammensetzung der Delegierten des Parteitages abhängen.

Ich äußerte die Hoffnung, dass die CDU eine konstruktive Position zum Vertrag einneh-men und sich von ihrer derzeitigen, auf eine Verhinderung des Inkrafttretens des Vertrags ausgerichteten Taktik distanzieren werde.

Der Botschafter der UdSSR in der BRD

S. Carapkin¹

¹ Hs. unterzeichnet.